UfU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Veranstaltungsdokumentation

Kongress „Umweltgerechtigkeit in Berlin – Vom Konzept zur Praxis"

Foto: pixabay.com

30.-31. Januar 2020

Im Rathaus Schöneberg, Berlin

Senatsverwaltung
für Umwelt, Verkehr
und Klimaschutz
be Berlin

Bezirksamt
Tempelhof-Schöneberg
be Berlin

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 3
Programm 4
Begrüßungen 5
Umweltgerechtigkeit in Deutschland – Stand und Perspektiven 8
Die Entwicklung der Berliner Umweltgerechtigkeitsstrategie – vom Konzept zur Praxis 10
Fachforum 1 „Gesundheit und Soziales – Anforderungen an den öffentlichen Raum" 11
Fachforum 2 „Umweltgerechtigkeit in den Berliner Bezirken" 13
Fachforum 3 „Indikatoren und Monitoring – Wie misst man Umweltgerechtigkeit?" 15
Fachforum 4 „Erfahrungen zu Umweltgerechtigkeit aus anderen Städten" 17
Ausstellung Umweltgerechtigkeit 19
Umweltgerechtigkeit in der Städtebauförderung 20
In Berlin erfolgreich für mehr Umweltgerechtigkeit – das Programm BENE Umwelt 23
Marktplatz der umweltgerechten Möglichkeiten 26
Ausblicke und Abschluss 27
Anhang 1: Liste der Teilnehmenden 29

Fotos: Rahel Dimmerling

Einleitung

Wie kann Umweltgerechtigkeit als Leitlinie für eine ökologische und soziale Quartiersentwicklung in den Berliner Bezirken und auf Senatsebene verankert und realisiert werden? D.h. wie kann eine möglichst gleich gute Lebens- und Umweltqualität für alle Bewohner*innen der Hauptstadt hergestellt werden? Welche guten Ansätze und Praxisbeispiele gibt es bereits? Diese Fragen standen im Zentrum des Kongresses „Umweltgerechtigkeit in Berlin – Vom Konzept zur Praxis". Der Kongress wurde vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V. (UfU) gemeinsam mit dem BUND Berlin und dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg vom 30.-31. Januar 2020 durchgeführt und durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK) finanziert.

Eine wichtige Grundlage für die Umsetzung von Umweltgerechtigkeit in Berlin sind die integrierte Umweltgerechtigkeitskonzeption und der Umweltgerechtigkeitsatlas. Sie stellen einen Zusammenhang zwischen Sozialstatus, Gesundheitsbelastungen sowie Umwelt- und Lebensqualität her. Die Berliner Strategie liefert erstmalig methodische und instrumentelle Ansätze für die bundesweite Einführung von Umweltgerechtigkeitsinstrumenten als Grundlage für eine quartiersbezogene integrierte Umwelt- und Sozialpolitik. Doch wie kann das Konzept nun zur Praxis werden?

Um diese und andere Fragen rund um das Thema Umweltgerechtigkeit zu diskutieren und an Lösungen zu arbeiten, kamen über 100 Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, aus Praxis und Wissenschaft auf dem Kongress zusammen. Neben diversen Vorträgen bestand die Möglichkeit, sich in vier parallelen Fachforen intensiv mit einzelnen Themen zu befassen und auf einem „Markt der umweltgerechten Möglichkeiten" Akteur*innen aus Forschung und Praxis kennen zu lernen. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Kongresses die Ausstellung „Umweltgerechtigkeit in Berlin" mit 19 großen Informationstafeln eröffnet. In Zukunft soll diese Ausstellung auf Wanderung gehen und so noch mehr Menschen erreichen. Außerdem waren die Teilnehmenden eingeladen, die Schöneberger Erklärung zu unterzeichnen, welche die Grundsätze der Umweltgerechtigkeitsstrategie zusammenfasst und die Politik in Berlin auffordert, Umweltgerechtigkeit als Regelaufgabe zu implementieren.

Dass es dafür noch einiger Anstrengung bedarf, machte der Kongress deutlich. Denn auch wenn es schon erste gute Ansätze gibt, muss Umweltgerechtigkeit auf allen Ebenen sowohl konzeptionell, als auch in der Praxis weiterentwickelt werden. Das betrifft sowohl die Datenlage, die Indikatoren und das Monitoring, als auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit, eine stärkere Vernetzung sowie finanzielle Förderung von Projekten und Maßnahmen.

Programm

Der zweitägige Kongress lädt Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Praxis und Wissenschaft ein, sich rund um das Thema Umweltgerechtigkeit zu informieren, auszutauschen und Schnittstellen künftiger Zusammenarbeit auszuloten. Im Rahmen von Impulsvorträgen, Fachforen und einem „Markt der umweltgerechten Möglichkeiten" sollen bestehende Berliner und bundesweite Strategien und Projekte zusammengeführt sowie zukünftige Schritte für Umweltgerechtigkeit mit Schwerpunkt in Berlin diskutiert werden.

Denn in Zeiten sich verschärfender sozialer und ökologischer Krisen kann es nicht länger um ein entweder oder gehen. Umwelt und Gerechtigkeit müssen zusammengedacht, anstatt gegeneinander ausgespielt zu werden. Das Konzept der Umweltgerechtigkeit, erstmals in Deutschland durch den Umweltgerechtigkeitsatlas in Berlin in die Praxis überführt, nimmt sich diesen Herausforderungen an und stellt u.a. einen Zusammenhang zwischen Sozialstatus, Gesundheitsbelastungen sowie Umwelt- und Lebensqualität her. Der Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas liefert methodische und instrumentelle Ansätze für die bundesweite Einführung von Umweltgerechtigkeitsinstrumenten als Grundlage für eine quartiersbezogene integrierte Umwelt- und Sozialpolitik. Wie können diese in die Praxis umgesetzt werden? Wie kann Umweltgerechtigkeit als Leitlinie für eine ökologische und soziale Quartiersentwicklung in den Berliner Bezirken und auf Senatsebene verankert werden? Welche Modellprojekte gibt es, welche sind geplant?

Der Kongress eröffnet die Möglichkeit, diese und weitere Fragen zu diskutieren und Handlungsoptionen für Berlin zu definieren.

Veranstalter:

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg | be Berlin

UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – BUND – Friends of the Earth Germany

Veranstaltungsort:
Rathaus Schöneberg im Goldenen Saal
Am Rathaus 2, 10825 Berlin

U-Bahn 4 „Rathaus Schöneberg"

AUFRUF ZUM MARKT DER UMWELTGERECHTEN MÖGLICHKEITEN:
Transformation lebt von vielfältigen Ideen und Akteuren! Für den Markt der Möglichkeiten am 31. Januar von 10.00–11.30 Uhr laden wir Interessierte, die ihre Projekte, Forschungsergebnisse oder Mitmachaktionen sowie Ideen einem breiten Publikum vorstellen möchten ein, sich bis zum 15.01.2020 bei uns zu melden. Stellwände sind vorhanden. Bitte teilen Sie per Mail auf max. einer DIN-A4-Seite Inhalt und Umfang des geplanten Beitrags mit:
Madelon Dimmerling (UfU e.V.);
Email: madelon.dimmerling@ufu.de

UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Fax: (030) 428 00 48-5, www.ufu.de

UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen

KONGRESS

UMWELTGERECHTIGKEIT IN BERLIN

VOM KONZEPT ZUR PRAXIS

30. bis 31. Januar 2020
Rathaus Schöneberg, Berlin

Gefördert durch:

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz | be Berlin

DONNERSTAG, 30. JANUAR 2020

Gesamtmoderation: **Larissa Donges** (UfU e.V.)

12:30 **Einlass und Willkommenskaffee/-tee**

13:00 **Begrüßungen**
Stefan Tidow (Staatssekretär, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin)
Christiane Heiß (Bezirksstadträtin Schöneberg-Tempelhof in Berlin, Leiterin der Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt)
Tilmann Heuser (Geschäftsführer BUND Landesverband Berlin)

I. ÜBERBLICK ZUM STAND UMWELTGERECHTIGKEIT IN DEUTSCHLAND UND BERLIN

13:30 **Umweltgerechtigkeit in Deutschland – Stand und Perspektiven**
Prof. Dr. Claudia Hornberg (Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU))

14:15 **Die Entwicklung der Berliner Umweltgerechtigkeitsstrategie**
Dr. Ing. Heinz-Josef Klimeczek (Berliner Institut für Umweltgerechtigkeit)

15:00 **Kaffeepause**

II. VIER PARALLELE FACHFOREN

15:30 **1. Fachforum „Gesundheit und Soziales – Anforderungen an den öffentlichen Raum"**
Moderation: **Franziska Sperfeld** (UfU e.V.)
Impulse:
- Gesundheit und Chancengleichheit am Beispiel der Schuleingangsuntersuchungen Neukölln
  Dr. Silke Feller (Bezirksamt Neukölln)
- Datenkoordination und sozialraumorientierte Planung am Beispiel des Bezirks Tempelhof-Schöneberg
  Ulrich Binner (Datenkoordinator Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg)

2. Fachforum „Umweltgerechtigkeit in den Berliner Bezirken"
Moderation: **Tilmann Heuser** (BUND Berlin e.V.)
Impulse:
- Umweltgerechtigkeit in Tempelhof-Schöneberg – Konzepte und Praxis
  Christiane Heiß (Bezirksstadträtin Tempelhof-Schöneberg)
- Umweltgerechtigkeit in Pankow – Pilotprojekt zu Mobilität Pankow
  Dipl.-Wirtsch.-Ing. Julia Gerlach (TU-Dresden)

3. Fachforum „Indikatoren und Monitoring – Wie misst man Umweltgerechtigkeit?"
Moderation: **Dr. Michael Zschiesche** (UfU e.V.)
Impulse:
- Bewertung der Umweltgerechtigkeitsindikatoren aus der Sicht der Stadtplanung
  Udo Dittfurth und **Kerstin Jahnke** (Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG Berlin)
- Weiterentwicklung Monitoring soziale Stadtentwicklung am Beispiel Berlin
  Tim Lukas Ott und **Evgenia Yosifova** (HafenCity Universität Hamburg)

4. Fachforum „Erfahrungen zu Umweltgerechtigkeit aus anderen Städten"
Moderation: **Dr. Bianca Schemel** (UfU e.V.)
Impulse:
- Ein Blick auf Deutschland
  Christiane Bunge (Umweltbundesamt)
- Die Toolbox zu Umweltgerechtigkeit
  Thomas Preuss (Deutsches Institut für Urbanistik)

17:30 **Ergebnisvorstellung im Plenum**

18:00 **Resümee des Tages**
Dr. Michael Zschiesche (UfU e.V.)
Anschließend:
- Eröffnung der Plakatausstellung „Umweltgerechtigkeit"
  Michael Thielke (Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz)
- Geselliges Beisammensein

FREITAG, 31. JANUAR 2020

08:30 **Willkommenskaffee/-tee**

09:00 **Resümee des Vortags und Einstieg**
Dr. Michael Zschiesche (UfU e.V.)

III. UMWELTGERECHTIGKEIT ERMÖGLICHEN

09:15 **Umweltgerechtigkeit in den Bezirken – was wird benötigt?**
Gudrun Matthes (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen)

09:35 **In Berlin erfolgreich für mehr Umweltgerechtigkeit – das Programm BENE Umwelt**
André Butz (Beratungs- und Service Gesellschaft Umwelt mbH)

10:00 **Marktplatz der umweltgerechten Möglichkeiten**
Austausch mit diversen Akteur*innen der Umweltgerechtigkeit aus Berlin, den Bezirken und dem Bundesgebiet

11:30 **Ausblicke und Tagungsabschluss**
Christiane Heiß (Bezirksstadträtin Schöneberg-Tempelhof in Berlin, Leiterin der Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt)
Sybille Schultz-Hüskes (Referatsleiterin Abteilung Umweltpolitik, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz)
Tilmann Heuser (Geschäftsführer BUND Landesverband Berlin)

Die Teilnahme an dem Kongress ist kostenfrei.
Bitte melden Sie sich an bis zum 15. Januar 2020 unter:
Madelon Dimmerling (UfU e.V.)
Email: madelon.dimmerling@ufu.de

Begrüßungen

Stefan Tidow | *Staatssekretär, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin*

Stefan Tidow, Staatssekretär für Umwelt und Klimaschutz, begrüßte die Teilnehmenden, die vor allem aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft kamen. Einleitend erklärte Herr Tidow, dass das starke Bevölkerungswachstum und der wachsende Druck auf die Infrastruktur für Berlin eine Herausforderung darstellten. Berliner Flächen und Ressourcen seien betroffen und herausgefordert, die Stadt müsse sich anpassen. Umweltgerechtigkeit bedeute die Integration von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit. Denn vor allem Menschen in sozial benachteiligten Quartieren seien hohen Umweltbelastungen ausgesetzt. Insbesondere Lärm- und Luftbelastungen sowie unzureichender Zugang zu Grünflächen würden die Menschen im inneren Stadtkern belasten. Damit Berlin auch für zukünftige Generationen lebenswert bleibe, müsse es eine deutlich stärkere Verzahnung von Umwelt- und Gesundheitspolitik geben. Die Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption sei eine gute Basis für integrierte Strategien. Konkrete Planungen und Projekte sollten sich an dem Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas orientieren und in die Praxis umgesetzt werden. Der Basisbericht Umweltgerechtigkeit sei 2019 von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in Zusammenarbeit mit weiteren Senaten und Fachreferaten, dem Umweltbundesamt (UBA) sowie Universitäten, Planungsbüros, und Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft veröffentlicht worden. Der wissenschaftliche Ansatz biete eine gute Arbeitsgrundlage für zukünftige Planungen und konkrete Handlungen.
Die Broschüre „Die umweltgerechte Stadt" fasse die Kernaussagen übersichtlich zusammen und sei für die fachliche und politische Arbeit sehr hilfreich. Der Gedanke der Umweltgerechtigkeit müsse nun seinen Weg in die lokale Politik und die Quartiere finden. Gerade im Innenstadtbereich seien die Grünflächen übernutzt und es gelte, die hochbelasteten Quartiere zu identifizieren. Neue Arbeitsgruppen auf verschiedenen Verwaltungsebenen würden sich bereits mit der Verknüpfung von ökologischen und sozialen Aspekten beschäftigen. Dabei gehe ein großer Dank an Frau Heiß für das Engagement des Bezirks Tempelhof-Schöneberg.

Christiane Heiß | *Bezirksstadträtin Tempelhof-Schöneberg in Berlin, Leiterin der Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt*

Christiane Heiß ging in ihrer Begrüßung auf 5 Thesen ein, die in ihren Augen zentral im Zusammenhang mit Umweltgerechtigkeit sind:

1. Die Neugestaltung der öffentlichen Räume braucht eine Umweltgerechtigkeitsstrategie.
2. Mehrfachbelastungen zeigen vordringlichen Handlungsbedarf.

3. Sanierungsbedarf und Entwicklungsziele müssen zusammen betrachtet werden.
4. Umweltgerechtigkeit erleichtert ein vernetztes, vorausschauendes Planen.
5. Umweltgerechtigkeit ist eine gesamtstädtische Steuerungs- und Monitoringaufgabe.

In Berlin gebe es zwar unterschiedlichste sektorale Strategien und Pläne, wie etwa den Masterplan Wohnungsbau oder die angestrebte Verkehrswende, allerdings könnten diese nur begrenzt die Folgen von Verkehr, Bau und wachsender Dichte kompensieren. Die städtischen Grünflächen seien überlastet und es bedürfe eines integrierten Schutzes über den klassischen Naturschutz hinaus. Die funktionale Trennung von Flächen müsse aufgelöst und integrativ gedacht werden. Um Folgewirkungen abschätzen zu können, sollten vorhandene Daten zur Verfügung gestellt und genutzt werden. Frau Heiß machte klar, dass die Bezirke zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zusammenarbeiten und über die lokalen Grenzen hinausdenken sollten. Insbesondere Verkehrsflächen seien Hitzeinseln im innerstädtischen Bereich, weshalb einzelne Umgestaltungsmaßnahmen wie Radwege neu durchdacht werden sollten. Politische Ziele der Bezirksverordnetenversammlung müssten langfristig angelegt und in Jahresziele unterteilt werden, um Fortschritt zu dokumentieren und die Öffentlichkeit miteinzubeziehen. Die Umweltgerechtigkeitsstrategie schließe bestehende Lücken und beantworte Fragen der Priorisierung von Maßnahmen, der Verwundbarkeit von Quartieren und der Vorsorge hinsichtlich umweltbedingten Gesundheitsrisiken. Sie ermögliche vorausschauendes Planen und themenübergreifendes Denken. Um die Umweltgerechtigkeitsstrategie anwendbar zu machen, brauche es jedoch kleinräumige Umweltdaten. Außerdem sei es notwendig, über erste Pilotprojekte hinaus ein Gesamtbild und eine gesamtstädtische Steuerung für die Minimierung von Mehrfachbelastungen zu schaffen. Frau Heiß betonte, dass es für die notwendigen komplexen Koordinations- und Bewertungsaufgaben Geld und Personal brauche. Sonst würden alle Strategien und Theorien in der Praxis wirkungslos bleiben. Abschließend lud sie zur Unterzeichnung der Schöneberger Erklärung ein, die die Grundsätze der Umweltgerechtigkeitsstrategie zusammenfasst und die Politik in Berlin auffordert, Umweltgerechtigkeit als Regelaufgabe zu implementieren.

Tilmann Heuser | *Geschäftsführer BUND Berlin e.V.*

Herr Heuser betonte in seiner Begrüßung, dass es nun um die Frage gehe, wie man vom theoretischen Papier zur Praxis auf Bezirks-, Kiez-, Landes- und Bundesebene komme. Der Ansatz Umweltgerechtigkeit habe seinen Ursprung in der „Environmental Justice"-Bewegung in den Großstädten der USA. Dort sei das Konzept vornehmlich von afro-amerikanischen Bürgerrechtsgruppen geprägt worden, die auf die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen zwischen privilegierten Bevölkerungsschichten und benachteiligten Quartieren aufmerksam gemacht hätten. Somit gehe es auch um die Reflektion der Priorisierung der

Stadtentwicklung. Man müsse sich fragen, welche Impulse der sozial-ökologischen Transformation Berlin aufnehmen und für seine Entwicklung in Zukunft nutzen könne. Herr Heuser machte klar, dass es wichtig sei, unterschiedlichste Akteur*innen in die Planungen und Maßnahmenumsetzungen einzubeziehen. Denn neue, praktisch orientierte Lösungsansätze kämen sowohl aus der Politik, als auch vor allem aus der Zivilgesellschaft, die die lokalen Gegebenheiten vor Ort am besten kenne und Erfahrungen und Wissen einbringen könne. Gute Ansätze dafür seien in einigen Bezirken sowie Quartiersmanagementgebieten vorhanden. Für ein erfolgreiches Vorgehen sei es entscheidend, dass in den Stadtquartieren Maßnahmen und Fördermittel der unterschiedlichen Fachverwaltungen auf Bundes- und Landesebene gebündelt werden. Ebenso sei es notwendig, dass mit geeigneten Instrumenten eine Verdrängung von Menschen nach Aufwertung der Lebens- und Umweltqualität in den einzelnen Stadtquartieren vermieden werde. Herr Heuser betonte, dass es ein Recht auf Teilhabe an Natur und auf eine saubere Umwelt gebe. Deshalb müsse Berlin die grünen Klimaoasen in der Stadt dauerhaft sichern und das innerstädtische Grün aufwerten – und zwar so, dass gerade diejenigen, die bislang keinen wohnortnahen Zugang zur Stadtnatur haben, davon profitieren. Die Flächenplanung müsse Schneisen für die Frischluftzufuhr berücksichtigen, sodass die im Zuge des Klimawandels zu erwartenden Hitzeperioden auch für die Menschen in dichtbesiedelten Gebieten erträglich bleiben. Gleichzeitig müssten die insbesondere durch den Straßenverkehr verursachten Umweltbelastungen gezielt durch geeignete Maßnahmen gesenkt werden.

Umweltgerechtigkeit in Deutschland – Stand und Perspektiven

Prof. Dr. Claudia Hornberg | *Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU)*

Zu Beginn des Kongresses führte Frau Prof. Dr. Hornberg, Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), die Teilnehmenden in das Thema Umweltgerechtigkeit ein. Sie erläuterte, dass der SRU die Umweltbedingungen in Deutschland begutachtet und die Bundesregierung mit seinem interdisziplinär arbeitenden Team seit 1972 in umweltpolitischen Fragen berät. Der Rat veröffentlicht Gutachten und Stellungnahmen zu Umweltthemen, in denen auch Aspekte der Umweltgerechtigkeit thematisiert werden (beispielsweise in der Stellungnahme „Wohnungsneubau langfristig denken - Für mehr Umweltschutz und Lebensqualität in den Städten"). Im Hinblick auf Umweltgerechtigkeit betonte Professorin Hornberg wie wichtig es sei, mit den Menschen in den betroffenen Quartieren ins Gespräch zu kommen. Verfügbare Umwelt- und Sozialdaten sollten eingefordert und genutzt werden, um konzeptionelle Ansätze zu erstellen. Außerdem benötige es in den Bezirken Personal, um das Thema Umweltgerechtigkeit in die kommunalen Prozesse hinein zu tragen. Als Fachärztin für Hygiene und Umweltmedizin verwies Professorin Hornberg darauf, dass die Weltgesundheitsorganisation Gesundheit nicht nur als das Fehlen von Krankheit und Gebrechen definiere. Gesundheit sei ein Zustand des vollständigen Wohlergehens auf körperlicher, geistiger und sozialer Ebene und können mit der Aussage umschrieben werden „Gesund ist ein Mensch, der jeden Tag als neue Chance wahrnimmt!" Zur Bestimmung von Umweltgerechtigkeit würden deshalb auch das Vorkommen von Depressionen und Diabetes Typ 2 herangezogen. Es sei wichtig, sich klarzumachen, dass sozioökologische Gesundheitsfaktoren über politische Entscheidungen beeinflusst werden können und die Erforschung gesundheitsfördernder Eigenschaften von Grün- und Blauräumen in der Stadt zur Lebensqualitätserhöhung zum Zukunftsplan Umweltgerechtigkeit gehöre.

Auf Nachfrage hin erläuterte Professorin Hornberg, dass es grundsätzlich schwierig sei, an Daten zur Morbidität und Gesundheit zu gelangen. Allerdings gebe es teilweise Daten, die über lange Zeiträume erfasst wurden und in

universitären Forschungsprojekten ausgewertet werden.

Hinsichtlich der gesundheitsfördernden Funktion von Stadtgrün merkte Professorin Hornberg an, dass es einen interdisziplinären Ansatz brauche, der beispielsweise Ökolog*innen, Allergolog*innen und Landschaftsplaner*innen gemeinsam in die Umsetzung einbeziehe.

In Bezug auf den Risikovergleich von einzelnen Umweltbelastungen erklärte Professorin Hornberg, dass zunächst Daten zu einzelnen Belastungen erhoben werden müssten. Das sogenannte Health Impact Assessment vergleiche und gewichte Belastungen anschließend einzeln.

Als Indikator für den Gesundheitszustand gebe es neben Übergewicht auch weitere Indikatoren, die im Rahmen von Promotionsarbeiten an der Universität Bielefeld erarbeitet würden. Ansprechpartner in Berlin sei das Robert Koch-Institut.

Die Entwicklung der Berliner Umweltgerechtigkeitsstrategie – vom Konzept zur Praxis

Dr. Ing. Heinz-Josef Klimeczek | *Berliner Institut für Umweltgerechtigkeit*

Herr Dr. Klimeczek stellte den Teilnehmenden die Entstehung und den aktuellen Stand der Berliner Umweltgerechtigkeitsstrategie vor. Er erläuterte, dass die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in den Jahren 2010-2015 - bundesweit erstmalig - ein neues zweistufiges Umweltgerechtigkeitsmonitoring entwickelt und implementiert habe. Das neue Stadtbeobachtungssystem bestehe aus einem umweltbezogenen „Kernindikatorensatz", der durch zusätzliche gesundheitsorientierte, soziale und städtebauliche/stadtplanerische „Ergänzungsindikatoren" fachlich-inhaltlich untersetzt sei. Der Indikatorensatz sei in enger Kooperation zwischen den Senatsressorts Stadtentwicklung, Umwelt, Gesundheit und Soziales, dem Umweltbundesamt, dem Amt für Statistik Berlin – Brandenburg, externen Forschungseinrichtungen, dem BUND Berlin und Planungsbüros entwickelt und die Praxistauglichkeit im Kontext der Berliner Stadtentwicklung und Umweltplanung überprüft worden. Weiterhin erläuterte Herr Dr. Klimeczek, dass das Berliner Umweltgerechtigkeitsmonitoring im Wesentlichen auf der Auswertung und Aggregation vorhandener, vor allem gesundheitsrelevanter Daten aus verschiedenen Quellen, u. a. dem Umweltatlas, der Luftreinhalte- und Lärmminderungsplanung, dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung (MSS) und den Einschulungsuntersuchungen (ESU) beruhe. Die hieraus entwickelte kleinräumige Mehrfachbelastungskarte zeige, dass der größte Teil der drei-, vier- und fünffach belasteten Quartiere im hochverdichteten „erweiterten Innenstadtbereich" liege. Herr Dr. Klimeczek machte deutlich, dass die Aktualisierung und Überprüfung der Kern- und Ergänzungsindikatoren aufgrund der neuen Datenlage durch die wachsende Stadt, der Schließung des Flughafens Tegel / der Eröffnung des BER Ende 2020, der Modifizierung der Lebensweltlichen Räume (LOR) sowie der neuen methodischen Herangehensweisen die Voraussetzung für die Integration in die Berliner Stadtentwicklung und Umweltplanung sei. Aktuelle, valide Daten zur Bewertung der Umweltsituation in den Quartieren der Hauptstadt seien die unabdingbare Grundlage für die weitere Verwendung des Monitorings sowie für die Umsetzung der Berliner Umweltgerechtigkeitsstrategie.

Fachforum 1 „Gesundheit und Soziales – Anforderungen an den öffentlichen Raum"

Moderation: Franziska Sperfeld, *UfU e.V.*

Impulse

1. Gesundheit und Chancengleichheit am Beispiel der Schuleingangsuntersuchungen Neukölln, *Dr. Silke Feller, Bezirksamt Neukölln*
2. Datenkoordination und sozialraumorientierte Planung am Beispiel des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, *Ulrich Binner, Datenkoordinator Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg*

Ziel des Fachforums war es, einen Überblick über den Status Quo der Datenerhebung zu Gesundheit und Sozialem in der Verwaltung zu bekommen, praktische Ansätze für die Planung von Maßnahmen kennenzulernen und Herausforderungen sowie konkrete Bedarfe zu benennen.

Frau Dr. Feller stellte dar, welche konkreten Daten in jährlichen Schuleingangsuntersuchungen erhoben werden und welche Rückschlüsse aus diesen Daten zu soziodemographischen Parametern im Bezirk Neukölln gezogen werden können. Für die Gesundheits- und Sozialberichterstattung werden weitere Daten zusammengetragen, die jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben wurden und teils unterschiedliche Raumbezüge haben. Es gibt bei der Datenerhebung im Hinblick auf Umweltgerechtigkeit auch Lücken. So werden z.B. seit 2013 keine Daten mehr über Todesursachen und Vorerkrankungen auf kleinräumiger Ebene erhoben. Als konkrete Maßnahmen, die in Neukölln ergriffen werden, um den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen und ihre Chancengleichheit zu verbessern, nannte Frau Dr. Feller die Präventionskette und Bestrebungen für längere Kitabetreuung.

Herr Binner präsentierte die Datenbibliothek des Bezirks Tempelhof Schöneberg und stellte dar, welche Daten mit Geo-Informations-Systemen verschnitten werden und so auch als Karten zur Verfügung stehen. Er ging auf das Konzept der Lebensweltlich Orientierten Räume (LOR) ein, das die Grundlage für Planung, Prognose und Beobachtung demografischer und sozialer Entwicklungen in Berlin ist. Den Schwerpunkt legte er auf die Kernindikatoren, die innerhalb von sechs Leitthemen festgelegt sind. Diese bilden z.B. zusammen mit Indikatoren zum Armutsrisiko und zur Attraktivität des Stadtteils als Wohnort eine Grundlage für eine Bewertung von Umweltgerechtigkeit.

Diese Daten sind teilweise auch auf Ebene der Planungsräume verfügbar. Die Indikatoren sind auf der Ebene des Bezirks mit verschiedenen Aufmerksamkeitsstufen versehen, die den Planer*innen anzeigen, wenn festgelegte Grenzwerte über- oder unterschritten sind. Die Stufen sind jedoch nicht für Planungsräume verfügbar. Zur übersichtlichen und transparenten Auswertung werden von der Datenkoordination in Tempelhof-Schöneberg Kurzprofile erstellt, die Auskunft über den Status Quo und die Veränderung zum vorherigen Betrachtungszeitraum geben sowie einen Index zu sozialer Ungleichheit enthalten. Diese Kurzprofile sind digital und gedruckt erhältlich. Darüber hinaus erstellt die Datenkoordination alle zwei Jahre ausführlichere Bezirksregionenprofile und alternierend ein Bezirksprofil, in dem ein Vergleich der Bezirksregionen dargestellt wird. Bei der Erstellung arbeiten die Fachbereiche zusammen.

In der Diskussion wurde herausgestellt, dass sich die Bündelung von Daten bei Datenkoordinationen wie derzeit u.a. in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg, Lichtenberg und Neukölln bewährt hat. Der Ansatz der Sozialraumorientierung und das einheitliche Schema zur Auswertung der Daten haben sich als gute Grundlage erwiesen, um bezogen auf Bezirksregionen fachübergreifend Problemlagen zu erkennen und daraus Maßnahmen abzuleiten. Zudem stellen die digitalen und gedruckten Veröffentlichungen eine Transparenz gegenüber Betroffenen her. Hinsichtlich fehlender Gesundheitsdaten wurde angemerkt, dass die Erhebung weiterer Daten nicht zuletzt Hürden des Datenschutzes nehmen müsste und beispielsweise eine Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes nötig wäre, um wieder kleinräumig Daten über Todesursachen zu erheben. Die Bildung zusätzlicher Indikatoren zum Thema Gesundheit wäre ein komplizierter Vorgang, sei aber zu prüfen. Außerdem sei zu prüfen, ob Gesundheit nicht ein eigenständiges Kapitel in den Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten der Quartiere werden solle, die zwar nicht auf Grundlage von kleinräumig verfügbaren Datenbeständen, aber mit Erfahrungswerten von Bewohner*innen Maßnahmenvorschläge erarbeiten könnten. Strittig war, ob mit den vorliegenden Daten nicht bereits genügend Evidenzen geschaffen seien und der Fokus in Berlin nun stärker auf die Erstellung von Maßnahmenpaketen und die Erlassung von strengeren Richtwerten gelegt werden müsste. So sprachen sich mehrere Teilnehmende z.B. für Richtwerte für eine maximale Anzahl von Autos in der Stadt aus. Ein weiterer Diskussionspunkt war, ob in den Berichtsstrukturen die Herausforderungen von Berlin als wachsender Stadt adäquat abgebildet werden können. Der Druck, beispielsweise auf Grünflächen, nehme durch den Zuzug konstant zu. Ein diskutierter Ansatz war, dass mit Multicodierung eine Mehrfachnutzung von Freiräumen möglich wäre.

Fachforum 2 „Umweltgerechtigkeit in den Berliner Bezirken"

Moderation: Tilmann Heuser, *BUND Berlin e.V.*

Impulse

1. Umweltgerechtigkeit in Tempelhof-Schöneberg – Konzepte und Praxis, *Christiane Heiß, Bezirksstadträtin Tempelhof-Schöneberg*
2. Umweltgerechtigkeit in Pankow – Pilotprojekt zu Mobilität in Pankow, *Dipl. Wirtsch.-Ing. Julia Gerlach, TU-Dresden*

Das Fachforum zielte darauf ab, aktuelle Konzepte und Herausforderungen hinsichtlich der Umweltgerechtigkeit in den Berliner Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Pankow zu diskutieren und Verbesserungspotentiale zu identifizieren.

Frau Heiß betonte in ihrem Impulsvortrag, dass eine Verkehrswende nur mit einer quartiersbezogenen Konzeptentwicklung zu realisieren sei. Allerdings erlaube die kurze Legislaturperiode auf politischer Ebene immer nur eine kurzfristige Planung. Eine weitere Herausforderung bestehe darin, dass es derzeit vor allem Einzelfalldiskussionen gebe, die aber nicht übertragbar seien. Stattdessen brauche es mehr Standardisierung, um Umweltgerechtigkeit über alle Berliner Bezirke hinweg voran zu treiben.

Frau Gerlach stellt in ihrem Impulsvortrag die Mobilitätsberichtserstattung im Bezirk Pankow vor, durch die ein Instrument zur nachhaltigen Gestaltung urbaner Mobilität geschaffen werden soll. Ziel sei es, statt einer reinen Optimierung des Verkehrssystems eine nachhaltige Mobilität im Kontext von Klimaschutz, Bewegungsfreiheit und Umweltgerechtigkeit zu erreichen. Dafür sei es wichtig, eine am Menschen orientierte Planung durchzuführen, sowohl die Bedürfnisse der Menschen als auch die Stärken und Schwächen des Bezirks zu beachten sowie Partizipation zu ermöglichen und eine themen- und ämterübergreifende Vernetzung zu erzielen. Frau Gerlach erläuterte, dass das Projekt in Zusammenarbeit zwischen der TU Berlin und der TU Dresden stattfinde, wobei die TU Berlin in der derzeitigen Analysephase den qualitativen Part (Fokusgruppendiskussion, Community Mapping und teilnehmende Beobachtung) durchführe, während die TU Dresden für den quantitativen Teil zuständig sei (Verkehrserhebung, Umweltgerechtigkeitsanalyse, Erreichbarkeitsanalyse). Die Analyse finde auf Blockteilflächen mit leicht verständlichen Indikatoren statt. Frau Gerlach wies darauf hin, dass eine zentrale Herausforderung dabei in der

Verfügbarkeit, Aktualität und Vollständigkeit der Daten bestehe. Bisher zeige sich bei den Analysen, dass vor allem die Versorgung mit Erholungsflächen in Pankow unzureichend sei, wobei der Zusammenhang zwischen Belastung und Armut eher schwach ausgeprägt sei. In Zukunft gehe es darum, die Ergebnisse und Erkenntnisse in Verwaltungshandeln zu integrieren und festzustellen, welche Verwaltungsprozesse besonders relevant sind, um Umweltgerechtigkeit zu fördern. Als nächster Meilenstein solle ein Handlungsleitfaden aus dem Mobilitätsbericht entwickelt werden.

In der anschließenden Diskussion wurde festgehalten, dass der Umweltgerechtigkeitsansatz geeignet ist, um Schwarz-Weiß-Denken zu überwinden, es allerdings für eine integrierte Stadtentwicklung entsprechende Ziele und Indikatoren brauche. Außerdem müssten verschiedene Nachhaltigkeitsansätze verknüpft und Konzepte wie beispielsweise die Sustainable Development Goals (SDGs) innerhalb der Umweltgerechtigkeit mitgedacht werden.

In Bezug auf Politik und Verwaltung sei es wichtig, Bürger*innen von Anfang an zielführend in die Prozesse einzubinden und für eine integrierte Planung politische, ökonomische und fachliche Instrumente zu schaffen. Möglichkeiten und Ressourcen seien vorhanden, entscheidend sei der politische Wille. Es sei außerdem entscheidend, auf Bezirksebene Kapazitäten zu klären und Verantwortlichkeiten festzulegen. Um eine Übertragbarkeit herzustellen sei es wichtig, Standards festzulegen, anhand denen Umweltgerechtigkeit bemessen werden kann. Auch eine Zweckbindung von Geldern entsprechend konkreter Umweltgerechtigkeitskriterien sei denkbar. Letztlich sei die Umsetzung auf Quartiersebene stark abhängig von der Durchsetzungsfähigkeit lokaler Akteure.

Die Teilnehmenden kamen außerdem zu dem Schluss, dass das Mitwirken und die Teilhabe aller sozialer Gruppen zu fördern sei. Dabei gelte es, die bestehenden Übertragungswege für Informationen an die Zielgruppen zu verbessern und Maßnahmen realistisch zu planen. Runde Tische könnten ein Ausgangspunkt für Verwaltungshandeln sein.

Fachforum 3 „Indikatoren und Monitoring – Wie misst man Umweltgerechtigkeit?"

Moderation: Dr. Michael Zschiesche, *UfU e.V.*

Impulse

1. Bewertung der Umweltgerechtigkeitsindikatoren aus Sicht der Stadtplanung, *Udo Dittfurth, Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG Berlin*
2. Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung als Baustein der integrierten Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption, *Tim Lukas Ott, HafenCity Universität Hamburg*
3. Umweltgerechtigkeit und Gesundheit im Quartier, *Evgenia Yosifova, HafenCity Universität Hamburg*

Das Fachforum „Indikatoren und Monitoring - Wie misst man Umweltgerechtigkeit?" diskutierte die Weiterentwicklung und Umsetzbarkeit der bereits bestehenden Indikatoren und des Monitorings bezüglich der Umweltgerechtigkeit am Beispiel des Umweltgerechtigkeitsatlas Berlin. Dieser umfasst fünf Kern- und neun ergänzende Indikatoren für ein ressortübergreifendes Umweltgerechtigkeitsmonitoring. An der Diskussion beteiligten sich verschiedenste Akteur*innen, überwiegend aus der Landschaftsplanung, dem Quartiersmanagement und dem Freiraummanagement.

Nach den themenbezogenen Fachimpulsen von Evgenia Yosifova, Udo Dittfurth und Tim Lukas Ott wurde sowohl über Indikatoren als auch das notwendige Monitoringverfahren zur Überprüfung ihrer Wirksamkeit diskutiert:

Dabei wurde zum einen über die Praktikabilität der Indikatoren und zum anderen über eine realistische und effiziente Anzahl für den Einsatz als Planungsinstrument gesprochen. Diesbezüglich wurde auf die hohe Binnendifferenzierung der unterschiedlichen Planungsräume in Städten aufmerksam gemacht, die nur schwer durch ein einziges einheitliches Indikatorkonzept wiedergegeben werden kann. Daran anknüpfend wurde im nächsten Schritt darüber diskutiert, ob gebildete Durchschnittswerte der Indikatoren ausreichen, um die hohe Variabilität der Situation in Belastungsgebieten abzubilden. Weiterhin tauschten sich die Teilnehmenden über die bereits ausgewählten Kernindikatoren des Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas aus. Es gab einen Konsens darüber, dass eine robuste Analyse und Kernindikatoren als Grundsatz für ein allgemein anwendbares Indikatorkonzept ausreichen, und dass diese je nach Situation und

Anwendungsraum durch weitere Indikatoren ergänzt werden können. Daraufhin tauschten sich die Teilnehmenden über die tatsächliche Messbarkeit der Indikatoren aus. Beispiele hierfür waren die gesundheitliche Wirkung des Bioklimas, die Grün- und Erholungsflächen, die Lärm- und Luftqualität, aber auch die Zufriedenheit der Anwohner*innen im betreffenden Planungsraum. Abschließend wurde über die Kompensationsmöglichkeit der Indikatoren und eine sinnvolle Verbindung mit einer Eingriffs- und Ausgleichsregelung gesprochen. Herausforderung hierbei ist es, Indikatoren so anzuwenden, dass sie potentielle Veränderungen im Planungsraum abbilden können. Hierfür ist ein Monitoring, also eine langfristige, regelmäßige Datenerhebung erforderlich. Diese Erkenntnis leitete den nächsten Diskussionspunkt ein.

Ergebnisse der Diskussion waren, dass ein Monitoring insgesamt besser betreut werden und vor allem bereichsübergreifend funktionieren muss. Nur so kann bspw. der Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas als gemeinsames und verbindendes Instrument für verschiedene Akteur*innen fungieren. Es braucht darüber hinaus eine einfache Darstellung der Daten und eine Vernetzung der Akteur*innen für die Nutzung. Weiterer Konsens der Teilnehmenden war, dass ein verstärktes Monitoring vor allem eine politische und finanzielle Entscheidung ist und bisher weder Verbindlichkeit hat, noch rechtlich festgeschrieben ist. Anreiz dafür könnten Kostenansätze über die Auswirkung der bisherigen Planung auf die menschliche Gesundheit sein. Hier ist die bisherige Tendenz in den Bezirksämtern nach wie vor schneller, höher und dichter zu bauen. Die Frage ist, ob politische Akteur*innen durch die Auswirkungen des Klimawandels hier zu einem Umdenken gedrängt werden, bei welchem der Umweltgerechtigkeitsatlas in Zukunft helfen kann. Er diene insgesamt als Risikoplanung und sollte in das Baugesetzbuch eingearbeitet werden.

Fachforum 4 „Erfahrungen zu Umweltgerechtigkeit aus anderen Städten"

Moderation: Herbert Lohner, *BUND Berlin e.V.*

Impulse

1. Ein Blick auf Deutschland, *Christiane Bunge, Umweltbundesamt (UBA)*
2. Die Toolbox Umweltgerechtigkeit, *Thomas Preuß, Deutsches Institut für Urbanistik (difu)*

Das Fachforum gab den Teilnehmenden einen Überblick, welche Aktivitäten momentan deutschlandweit auf Bundes- und Landesebene laufen und gefördert werden, um Umweltgerechtigkeit voranzubringen. Zudem stellte das Fachforum die „Toolbox Umweltgerechtigkeit" vor, welche Praxisbeispiele, Definitionen, Hintergrundwissen, Videoclips sowie Instrumente und Umsetzungstipps rund um das Thema Umweltgerechtigkeit enthält.

Frau Bunge stellte zu Beginn vor, dass bereits mehrere Beschlüsse der Umweltministerkonferenz des Bundes und der Länder (UMK) konkrete Konzepte und Leitlinien für Umweltgerechtigkeit fordern. Der nächste Beschluss werde im Mai 2020 erwartet. Das Umweltbundesamt unterstütze das Thema Umweltgerechtigkeit durch diverse Aktivitäten im Bereich der Forschung, Politikberatung/Wissenstransfer, Vernetzung/Kooperation und Verbändeförderung. So sei die Deutsche Umwelthilfe beispielsweise bei ihrem Projekt „Grünflächen in der sozialen Stadt" oder die Camp Group gGmbH bei ihrem Vorhaben „Welcome Nature - Strategien zur Umsetzung umweltpolitischer Projekte für Kinder mit Flucht- und Migrationshintergrund" gefördert worden. Frau Bunge erläuterte außerdem, dass das Thema Umweltgerechtigkeit auch in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt" Eingang gefunden habe und als Ziel in die Verwaltungsvereinbarung Soziale Stadt aufgenommen worden sei. Darüber hinaus finde sich das Thema im Weißbuch „Stadtgrün", im Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün" und im Masterplan „Stadtnatur" wieder. Abschließend gab Frau Bunge einen Ausblick auf zwei kommende Forschungsvorhaben des UBA, die sich mit Umweltgerechtigkeit beschäftigen werden.

Herr Preuß stellte in seinem Impulsvortrag die „Toolbox Umweltgerechtigkeit" vor, die im Forschungsvorhaben „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen" entstanden ist. Dabei machte er klar, dass es entscheidend sei, Anknüpfungspunkte

innerhalb existierender Leitbilder, Planungsprozesse und Strukturen zu finden, z.B. in der Stadt-, Freiraum- und Verkehrsentwicklung. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit relevanter Verwaltungsakteure sichergestellt, die Federführung festgelegt und mit konkreten Arbeitsaufträgen ausgestattet werden. Eine weitere Handlungsempfehlung bestehe darin, mehrfach belastete Teilräume zu identifizieren und den Handlungsbedarf in diesen Gebieten zu ermitteln. Daraufhin müssten Ziele und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, Programme, Konzepte und Planungen auf Anschlussfähigkeit überprüft und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden.

In der anschließenden Diskussion gaben einzelne Teilnehmende Einblicke in ihre eigenen Arbeitserfahrungen zum Thema Umweltgerechtigkeit, beispielsweise bei der Europäischen Allianz für Gesundheit und Umwelt, der Deutschen Umwelthilfe, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, beim BUND, ADFC oder innerhalb des BENE Förderprogramms. Dies zeigte u.a., dass beispielsweise Gesundheitsämter und Ärzt*innen stärker auf das Thema Umweltgerechtigkeit eingehen müssten und es in diesem Zusammenhang mehr Weiterbildungen und Unterstützung bräuchte. Auf politischer Ebene sei oft nicht das Erkenntnisdefizit das Problem, sondern das Umsetzungsdefizit. Es brauche einen starken politischen Willen und eine Vernetzung über diverse Themenbereiche und Arbeitsfelder hinweg, um Umweltgerechtigkeit langfristig umzusetzen. Zudem seien zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteure wichtige Partner und es müsse zeitgleich ein Top-Down- und Bottom-Up-Ansatz verfolgt werden. Auch im Bereich der Förderung müsse sich noch viel tun. Momentan seien die Hürden, um Gelder für Umweltgerechtigkeitsprojekte zu beantragen oft noch zu hoch und es fehle eine Bündelung von Förderquellen. Insgesamt seien die vielfältigen bereits bestehenden Zugänge zum Thema Umweltgerechtigkeit und das Vorgehen mancher Berliner Bezirke zwar als positiv zu bewerten, es brauche jedoch einen umfassenden Bewusstseinswandel in der Gesellschaft, um Umweltgerechtigkeit in Zukunft erfolgreich umzusetzen.

Ausstellung Umweltgerechtigkeit

Nach einem Resümee des Tages und einem Ausblick auf den zweiten Kongresstag durch Herrn Dr. Michael Zschiesche, hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die Ausstellung „Umweltgerechtigkeit in Berlin" zu besuchen. Welche Berliner Quartiere sind wie stark von Umweltbelastungen betroffen? Wie lässt sich dem begegnen? Wo müssen Gegenmaßnahmen ansetzen? Was hat Berlin vor und was geschieht bereits, damit in Zukunft alle in ihrem Quartier gesund und in intakter Umwelt leben? Die Ausstellung „Umweltgerechtigkeit in Berlin" gibt erste Antworten auf diese Fragen. Sie kann nach Absprache mit der Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz für mehrere Wochen ausgeliehen werden.

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
Referat Umweltpolitik, Umweltförderung
Brückenstraße 6
10179 Berlin

Christina Fanenbruck
Tel.: 030 9025-2196
E-Mail: christina.fanenbruck@senuvk.berlin.de

Weitere Informationen und Download der Ausstellung als pdf:

www.berlin.de/senuvk/umwelt/umweltgerechtigkeit

Umweltgerechtigkeit in der Städtebauförderung

Sören Bott | *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen*

Sören Bott von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen stellte am Morgen des zweiten Kongresstages dar, wie das Thema Umweltgerechtigkeit in der Städtebauförderung Beachtung findet. Einleitend erklärte er, dass Umweltgerechtigkeit den Zusammenhang von sozialer Situation, Umweltqualität und Gesundheit betrachte. Der Ansatz befasse sich mit der Art, dem Ausmaß und den Folgen ungleicher sozialräumlicher Verteilungen von Umweltbelastungen und den Gründen dafür. Im Vordergrund stehe das Ziel, räumlich konzentrierte, gesundheitsrelevante Umweltbelastungen zu vermeiden bzw. zu vermindern und einen gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu schaffen. Den Schwerpunkt der Umweltgerechtigkeit würden die fünf Themen Luftbelastung, Lärm, Bioklima, Grünflächenversorgung und Gesundheit bilden. Herr Bott erläuterte, dass das Konzept der Umweltgerechtigkeit auf einem Zwei-Säulen-System basiere, zum einen der gerechten Verteilung von Umweltbelastungen und zum anderen auf gerechten Verfahren, beispielsweise durch Partizipation sozial benachteiligter Menschen.

In Bezug auf die Städtebauförderung nannte Herr Bott vor allem die relevanten Programme „Soziale Stadt" und „Zukunft Stadtgrün". Ab dem Jahr 2020 werde zudem der soziale Zusammenhalt betrachtet, wodurch dann eine dritte Säule hinzukomme. Weitere Schnittstellen seien der Stadtumbau, aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Wachstum und nachhaltige Erneuerung sowie lebendige Zentren. Herr Bott berichtete, dass Umweltgerechtigkeit als Fördertatbestand in die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung zwischen Bund und Ländern aufgenommen worden sei. Klimaschutz sei als Thema ebenfalls in die Städtebauförderung integriert worden. Durch Gelder der Europäischen Union müsse der Klimawandel als Thema ab dem Jahr 2021 priorisiert werden. Dies bedeute, dass im Städtebau mindestens ein Projekt zum Klimaschutz gefördert und Hitzestress reduziert werden müsse.

Herr Bott führte aus, dass das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt" seit 1999 existiere und zum Ziel habe, sozial benachteiligte und strukturschwache Stadt- und Ortsteile attraktiv und lebenswert zu gestalten. Die

oben genannten fünf Themen der Umweltgerechtigkeit würden in verschiedenen Maßnahmen bearbeitet. Dabei sei die Grünflächenversorgung ein klassisches Thema, vor allem der Bau von Spielplätzen, aber auch Urban Gardening, Grüne Klassenzimmer und das Pflanzen und die Pflege von Straßenbäumen würden im Vordergrund stehen. Herr Bott ergänzte, dass Luftbelastung und Lärm immer weiter zunehmen würden. Um dem entgegen zu wirken, seien Maßnahmen zur Förderung des Fuß- und Fahrradverkehrs sowie des ÖPNV wichtig. Durch Partizipationsverfahren, wie beispielsweise im Rahmen des Tramausbaus am Hermannplatz, könnten Anwohner*innen und andere interessierte Bürger*innen aktiv am Prozess teilnehmen.

Herr Bott ergänzte, dass das Thema Bioklima als Kiezklima-Modellprojekt im Brunnen-Viertel bearbeitet werde. In dieses Projekt sei ein ganzes Stadtviertel eingebunden. Das Projekt sei ausgezeichnet worden und solle innerhalb der nächsten Förderperiode auch in anderen Vierteln umgesetzt werden.

Des Weiteren erklärte Herr Bott, dass das Thema Gesundheit seit 2016 in strukturierter Zusammenarbeit mit den gesetzlichen Krankenkassen und dem Senat für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, dem Senat für Inneres und Sport sowie dem Senat für Bildung, Jugend und Familie zur soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung bearbeitet werde.

Es werde außerdem großer Wert auf Partizipation gelegt. So gebe es in 34 Quartiersmanagementgebieten jeweils einen Quartiersrat, hauptsächlich in benachteiligten Stadtgebieten. Die Förderung betrage mindestens sieben Jahre. Der Quartiersrat, bestehend aus mindestens 51% Bewohner*innen und maximal 49% Vertreter*innen aus aktiven Initiativen, Vereinen, Verbänden u.a.m. entscheide darüber, welche Projekte gefördert werden. Bei der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Schulen könnten z.B. bei einem Spielplatzbau die betroffenen Gruppen zu den Maßnahmen und Wünschen befragt werden und so am Prozess partizipieren.

Abschließend stellte Herr Bott dar, dass im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und des Senats für Stadtentwicklung und Wohnen folgende Themen vorgestellt worden seien:

- Modellvorhaben in mehrfach belasteten Gebieten
- Entwicklung ressortübergreifender Programm- und Strategieansätze in mehrfach belasteten Gebieten
- Ressortübergreifende Projekte im Rahmen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes
- Entwicklung ressortübergreifender neuer Partizipationsverfahren

Aus dem Publikum kam anschließend die Frage, wie die Fördermittelvergabe ablaufe, wer sich bewerben könne.

Herr Bott antwortete, dass es nach dem „Bottom-up" Prinzip laufe. Die 34 Quartiersmanagement-Bezirke würden sich um die örtlichen Belange kümmern und hätten einen Fond von 200.000-300.000 Euro jährlich zur Verfügung. Es würden Vorschläge eingereicht und geprüft, ob diese passend seien. Dann würde eine Ausschreibung veröffentlicht und Büros/Firmen könnten sich auf die Förderung bewerben. Auf die Frage hin, wie es mit der Stärkung der Quartiere, mit Haushaltsmitteln und ressortübergreifender Zusammenarbeit aussehe, erklärte Herr Bott, dass es eine Geschäftsstelle gebe, die sich einmal im Jahr treffe. Bei einem Antrag zur Förderung eines Umweltthemas gebe es dazu eine Gemeinschaftsinitiative im Regelhaushalt, der seit 2018 zwischen den Häusern abgestimmt würde.

In Berlin erfolgreich für mehr Umweltgerechtigkeit – das Programm BENE Umwelt

André Butz | *Beratungs- und Service Gesellschaft Umwelt mbH*

Herr Butz stellte den Teilnehmenden das Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE) vor, für das die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Abt. I zuständig ist. Er erläuterte, dass das Programmvolumen insgesamt 274 Mio. Euro betrage, wobei 50 % der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert würden. BENE sei zweigeteilt und ein Teil (20%) solle (vorerst) im Zeitraum 2015 – 2020 Klimaschutzprojekte unterstützen, um CO_2-Emissionen einzusparen. Insgesamt laufe das Programm bis 2023. Herr Butz erklärte, dass BENE das Ziel habe, den Mehrfachbelastungen von Anwohner*innen in sozial benachteiligten Quartieren entgegen zu wirken. Dazu gehöre die Reduzierung gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen, wie Lärmbelastung, und die Verbesserung grüner Infrastruktur. Aktuell fördere BENE 23 Projekte mit einer Förderquote von durchschnittlich 85%. Herr Butz kündigte an, dass bald acht weitere Projekte dazukommen werden. In den meisten Fällen hätten bezirkliche oder kirchliche Einrichtungen Anträge gestellt, Firmen könnten sich aber theoretisch auch bewerben. Hauptsächlich handele es sich bei den Projekten um Hofentsiegelungen in Schulen und Kitas, am häufigsten gefördert würden Projekte in Parks und öffentlichen Grünflächen. Herr Butz ergänzte, dass jedoch auch ein Kreuzberger Projekt zur Lärmlinderung im Straßenverkehr gefördert worden sei. Lichtenberg sei zur Zeit der einzige Bezirk, in dem noch keine entsprechenden Projekte stattfänden – doch auch hier würden bald Vorhaben gefördert werden.

Im Prinzip handele es sich um dieselbe Förderkulisse wie bei den Quartiersmanagementprojekten, erläuterte Herr Butz. Allerdings sei der Unterschied, dass in Bezug auf die Quartiere bereits Projekte ab 20.000 Euro Projektvolumen gefördert würden. BENE sei hingegen für größere Vorhaben ab 100.000 Euro angelegt.

Ursprünglich sei BENE ein Instrument gewesen, durch das Berlin weiter begrünt werden sollte. Teilweise sei eine Umfunktionierung bereits bestehender Grünflächen möglich - z.B. nehme durch die zunehmende Anwendung

von Feuer- statt Erdbestattung der Bedarf an Friedhofsflächen stetig ab. Ein Teil der Kreuzberger Prinzessinnengärten sei dadurch auf den Jacobi-Friedhof nahe dem ehemaligen Flughafen Tempelhof umgesiedelt worden. Bei viel genutzten Urban-Gardening Projekten wie diesem, liege der Vorteil vor allem darin, dass der Ort nicht verwahrlost wirke und dadurch Vandalismus vorgebeugt werde.

Im Anschluss stellte Herr Butz einige durch BENE geförderte Projekte vor:

- Die freie Waldorfschule Prenzlauer Berg
  Naturnahe Schulhofumgestaltung durch Entsiegelung von Asphaltflächen, verschiedene Spiel- und Sporteinbauten und Gestaltung eines grünen Klassenzimmers

- Kita Tabea (Neukölln)
  Naturnahe Sanierung von Spielplätzen, Anlegen von Obst- und Gemüsegärten, Bäumen, Hecken und sonstigen Pflanzen, Wegesystem zum Laufen und Spielen

  Besonderheit: Partizipation bei der Gestaltung der Flächen unter Einbeziehung der Kinder, Erzieher*innen, Eltern und der Kirchengemeinde

- Reginhard Grundschule
  Umgestaltung der Außenanlage: ökosoziale Aufwertung der Freiflächen und Verbesserung des örtlichen Regenwassermanagements (Erneuerung und Vergrößerung der vorhandenen Rigole, Pflanzungen von Strauchflächen und blühenden Gehölzen, Grünes Klassenzimmer, landschaftliche Gestaltung des Geländes zur naturnahen Neugestaltung von Spiel- und Bewegungsflächen)

- Treptower Park
  Verbesserung der ökologischen und landschaftsbildlichen Qualität der Grünanlage (Anpassung an demografischen Wandel; Anpassung an Klimawandel), Korrektur des Wegenetzes nach historischen Plänen, Entsiegelung, wassergebundene Decke, Ufersanierung, Uferrenaturierung, Entschlammung des Karpfenteichs, Vervollständigung des Weltspielplatzes

- Tempelhof / Schöneberg
  Überarbeitung bzw. Entsiegelung von Wegen und Flächen zur Wiederherstellung der Versickerungsfähigkeit, Entwicklung einer naturnahen klimaangepassten Ufervegetation an den Gewässern Klarensee im Alten Park, Franketeich im Frankepark und Wilhelmsteich im Lehnepark, Rückbau von Zäunen, Mauern, Treppen u. a. zur Verbesserung der Barrierefreiheit

Im Anschluss an den Vortrag wurde aus dem Publikum gefragt, ob sich

auch NGOs, beispielsweise mit Bildungsprojekten, auf die Förderung bewerben können. Darauf antwortete Herr Butz, dass Umweltbildungsprojekte derzeit nicht gefördert würden und keine Personalkosten übernommen werden könnten. Auf die Frage hin, ob das Programm „soziale Stadt" über die Quartiersgebiete abgewickelt würde, antwortete Herr Butz, dass BENE nur Projekte mit einem Projektvolumen ab 100.000 Euro fördere. Die Förderung sei bezirksübergreifend. Es gebe eine Zuwendungsdatenbank, allerdings seien die Projekte dort retrospektiv aufgeführt.

(www.berlin.de/sen/finanzen/service/zuwendungsdatenbank/ und www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Programmgebiete/BE/BE_inhalt.html?nn=768072)

Auf eine Frage in Bezug auf Mittel für Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften (FEIN), erläuterte Herr Butz, dass das Programm „Soziale Stadt" keine FEIN-Mittel nutze, da genug Geld da sei. Ehrenamtliches Engagement könne man sich in den Bezirken fördern lassen.

Marktplatz der umweltgerechten Möglichkeiten

Auf dem „Markt der umweltgerechten Möglichkeiten" präsentierten sich am Freitag von 10:00-11:30 Uhr diverse Akteur*innen aus Forschung und Praxis mit ihren Aktivitäten und Ergebnissen rund um das Thema Umweltgerechtigkeit. Bei Kaffee und Tee wurden viele Ideen und Kontakte ausgetauscht, um Berlin und andere Städte in Zukunft umweltgerechter zu machen.

Deutsche Umwelthilfe (DUH)
Kommunaler Klima-und Umweltschutz

ADFC Berlin
fLotte: Lastenfahrräder für Berlin

Women Engage for a Common Future (WECF)
Schadstoffe im Alltag

GRÜNE LIGA
Giftfreies urbanes Gärtnern

Autofreier Wrangelkiez
Kreuzberg ohne Autos

KungerKiezInitiative e.V.
Transition Kiez

Lebensplan
Natur- und Gesundheitspfad

BAUFACHFRAU e.V.
Beteiligung in benachteiligten Quartieren

Life e.V.
Berliner Kiezprojekte zu Mobilität und Stadtgrün

Stiftung Naturschutz Berlin
Städtische Naturerfahrungsräume

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
Grüne Stadt der Zukunft

Universität Potsdam
Urbane Waldgärten

Bezirksamt Spandau
KlimaWerkstatt

Koordinierungsstelle Natur- und Umweltbildung Tempelhof-Schöneberg
Umweltbildung

Birgit Schattling
Bio-Balkone in Berlin

Angela Wosnitza
Urbane Gärten und Blühstreifen

Tilia Lessel
Masterarbeit „Umweltgerechtigkeit: Der Berliner Bericht und die Sicht der Stadtraumnutzenden"

Sonja Mohr-Stockinger
Masterarbeit, inkl. Leitfaden „*Gesundheitsorientierte Umgestaltung des innerstädtischen Wohnumfeldgrüns - Leitfaden für Wohnungsbaugenossenschaften*"

Ausblicke und Abschluss

Den Abschluss der beiden Kongresstage bildete eine Interviewrunde mit Frau Heiß (Bezirksstadträtin Tempelhof-Schöneberg), Frau Schultz-Hüskes (Referatsleiterin Umweltpolitik und Umweltförderung der SenUVK) und Herrn Heuser (Geschäftsführer BUND Berlin e.V.), die von Larissa Donges (UfU) moderiert wurde. Hierbei blickten die Interviewten jeweils mit einem individuellen Fazit auf den Kongress zurück und beantworteten Fragen zu zukünftigen Prozessen und der Umsetzbarkeit von Umweltgerechtigkeit in Berlin.

Zu Beginn betonte Frau Schultz-Hüskes, dass dieser Kongress gezeigt habe, dass es in Berlin schon einige gute Ansätze gebe, Umweltgerechtigkeit voran zu bringen. Allerdings brauche es auch noch viel Arbeit und komme nun darauf an, Bestehendes zusammen zu bringen. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei u.a. die finanzielle Förderung von Aktivitäten. Darum werde die Senatsverwaltung bestehende Förderprogramme auch in Zukunft fortführen.

Die Frage, ob es neben diversen anderen nachhaltigkeitsrelevanten Strategien, Plänen und Instrumenten (wie dem Berliner Energie- und Klimaschutzplan, dem Lärmaktionsplan oder dem Stadtentwicklungskonzept 2030) wirklich noch ein weiteres Konzept brauche, beantwortete Frau Heiß mit der Notwendigkeit eines Vermittlungsansatzes, welcher Expertise und das nötige Fachwissen aus der Forschung beinhalte und von Bürger*innen verstanden und umgesetzt werden könne. Ein ressortübergreifendes, verständliches Konzept trage maßgeblich zu einer gemeinsamen Wissensgrundlage bei. Voraussetzung dafür sei allerdings eine fortwährende Aktualisierung der Daten und des Wissens, damit zu einem späteren Zeitpunkt aktuelle und vergangene Situationen verglichen werden können.

Daraufhin ergänzte Herr Heuser, dass es in Zukunft wichtig sei, mehr Akteur*innen ins Boot zu holen, d.h. neben politischen und wissenschaftlichen auch wirtschaftliche Akteure an der Diskussion zu beteiligen sowie mehr soziale und integrative Initiativen einzubeziehen. Erst ein Diskurs mit unterschiedlichen Menschen stelle die Einbeziehung der relevanten Themen und Perspektiven sicher und fördere die Beteiligung aller Sektoren für die Erarbeitung eines gemeinsamen Stadtmodells. Dabei sei es wichtig, auch mögliche Zielkonflikte zu bearbeiten und unterschiedliche Bedürfnisse zu beachten.

Auch Frau Heiß antwortete auf die Frage, in welchen Bereichen sie den größten Handlungsbedarf sehen, dass die Vernetzung über Erfolge, Methoden und Unterstützungsbedarf verschiedener Akteur*innen besonders wichtig sei. Sie betonte dabei, dass der Kongress dafür bereits eine gute Grundlage geschaffen habe und unterschiedliche Teilnehmende zusammengebracht habe. Dieser Austausch habe in Berlin bisher erst wenig stattgefunden. Darüber hinaus machte sie darauf aufmerksam, dass aktuelle

Entwicklungen wie die Eröffnung des Flughafens BER im Umweltgerechtigkeitsmonitoring Beachtung finden müssten, da solche großen Projekte erhebliche Auswirkungen auf die Stadt hätten.

Frau Schultz-Hüskes ergänzte, dass dafür der Ausbau bzw. die Überarbeitung des Indikatoren- und Monitoringkonzepts essentiell sei. Außerdem müssten die konkreten Handlungsmöglichkeiten für unterschiedliche Themenfelder ausgebaut werden.

Herr Heuser machte abschließend deutlich, dass das Konzept für Berlin nun durch die Einbeziehung verschiedener Akteursgruppen mit Leben gefüllt werden müsse. Das Ziel müsse sein, gemeinsam Lösungen für die bestehenden Herausforderungen zu finden. Dabei solle im Mittelpunkt stehen, welche Bedürfnisse es in der Stadt gibt und wie konkrete Handlung finanziert werden kann.

Anhang 1: Liste der Teilnehmenden

1	Burchardi, Jennifer	Hochschule Fulda
2	Schulz, Dr. Jennifer	Uni Potsdam - Urbane Waldgärten
3	Apel, Ingrid	Umweltbundesamt (UBA)
4	Aydinlar, Recep	Quartiersmanagement Soldiner Straße
5	Becker, Gunter	Montessori Stiftung
6	Bederke, Anja	Bezirksamt Pankow
7	Bendlin, Dr. Lena	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
8	Bendlin, Lena	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
9	Besançon, Arne	Bezirksamt Mitte - Umwelt- und Naturschutzamt
10	Bialluch-Liu, Astrid	BVV Fraktion Grüne
11	Binner, Ulrich	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
12	Buettner, Wilfried	Tempelhofer Berg e.V.
13	Bührmann, Lisa	EUMB Pöschk GmbH & Co. KG
14	Bunge, Chistiana	Umweltbundesamt (UBA)
15	Butz, André	Beratung- und Service Gesellschaft Umwelt mbH
16	Chen, Jun	Student
17	Ciprandi, Matteo	Life
18	Diechmann, Maike	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
19	Dietrich, Ulrike	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
20	Dimmerling, Madelon	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
21	Dimmerling, Rahel	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
22	Dittfurth, Udo	Planergemeinschaft Stadt und Raum
23	Donges, Larissa	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
24	Dörr, Kristina	-
25	Duda, Agnes	Klimawerkstatt Spandau
26	Eberenz, Bernward	Bezirksstadtrat für Umwelt und Naturschutz beim Bezirksamt Neukölln
27	Erfurth, Niocole	-
28	Fanenbruck, Christina	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
29	Feller, Silke, Dr.	Bezirksamt Neukölln
30	Flothmann, Dorthe	Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung
31	Geldner, Andrea	-
32	Gerhardt, Sabine	Nachhaltigkeitsrat
33	Gerlach, Julia	TU-Dresden
34	Gerner, Dr. Karin	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
35	Glässel, Bärbel	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
36	Gröschel, Lothar	GRÖSCHEL BRANDING GmbH
37	Gutzmann, Gabriele, Dr.	Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz (BLN)
38	Hanka, Jan	Quartiersmanagement Flughafenstraße
39	Härms, Doris	BUND Berlin e.V.
40	Hauschild, Ulrich	Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof
41	Heiß, Chistiane	Bezirksstadträtin Tempelhof-Schöneberg
42	Heuser, Tilman	BUND Berlin e.V.
43	Höckh, Wolfgang	Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof
44	Hoffmann, Christian, Dr.	Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Neukölln Fair & Nachhaltig

45	Hölzl, Sonja	-
46	Hornberg, Claudia, Prof. Dr.	Sachverständigenrat für Umweltfragen
47	Jahnke, Kerstin	Planergemeinschaft Stadt und Raum
48	Jansen, Helmut	-
49	Junggeburth, Daria	Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
50	Kalandyk, Katharina	ADFC - Flotte Berlin
51	Kälber, Gundi	-
52	Kerschbaumer, Andreas, Dr.	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
53	Klenner, Karsten	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
54	Klimeczek, H.-Josef, Dr.	Berliner Institut für Umweltgerechtigkeit
55	Koppehel, Simone	AGRARBÖRSE Deutschland Ost e.V.
56	Köster, Jacqueline	Charité
57	Kovac, Sarah	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
58	Krautwald, Jochen	BUND Berlin e.V.
59	Krebs, Michael, Dr.	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
60	Kuchenmüller, Wilfried	Bürgerinitiative Ruhwald e.V.
61	Kürzdörfer, Conrad	Bezirksamt Pankow
62	Kutzner, Janina	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
63	Langenbruch, Friederike	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
64	Lehmann, Frank, Dr.	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Köln
65	Lehr, Stephanie	Quartiersmanagement Rollberg
66	Lessel, Tilia	BUND Berlin e.V.
67	Liebig, Jacqueline	Katholische Hochschule Sozialwesen Berlin
68	Lohner, Herbert	BUND Berlin e.V.
69	Luig-Arlt, Helene	Stadtteilmanagement
70	Lutz, Martin	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
71	Lux El-Alaoui, Sandra	Verein Tempelhofer Berg e.V
72	Lynar, Wilhelm-Friedrich, Graf zu	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
73	Magin-Konietzka, Isolde	Nachhaltigkeitsrat
74	Massel, Stefan	-
75	Mischo, Maren	-
76	Mohr-Stockinger, Sonja	BUND Berlin e.V.
77	Mücke, Beate	Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V. (ADFC)
78	Mühr, Cordula	-
79	Münster, Amrei	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
80	Neubrandt, Philipp	Bezirksamt Treptow-Köpenick - Stadtentwicklungsamt
81	Ott, Tim Lukas	HafenCity Universität Hamburg
82	Otto, Felix	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
83	Pape, Mari	STATTBAU
84	Peinert, Rolf, Dr.	Koordinator Natur- und Umweltbildung Tempelhof-Schöneberg
85	Peony Loos, Svenja	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
86	Petrick, Konstantin	Student
87	Preuss, Thomas	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
88	Raab, Susanna	-
89	Richter, Ina	Institute For Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)
90	Rieckhoff, Maria	-
91	Roth, Johannes	Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e.V. (ADFC) - Flotte Berlin

92	Rottke, Daniel, Dr.	Bündnis 90/Die Grünen
93	Sagries, Fedja	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
94	Schattling, Birgit	Bio-Balkon
95	Schikorra, Stephan	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
96	Schmidt, Dirk	Umwelt und Stadtgrün Hannover
97	Schmidt, Isabel	BAUFACHFRAU
98	Schoenen, Maria	Stiftung Naturschutz Berlin
99	Scholz, Selina	BUND Berlin e.V.
100	Schoof, Dietrich	Bezirksamt Reinickendorf
101	Schultz-Hüskes, Sybille	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
102	Schuster, Christian, Dr.	Umweltbundesamt (UBA)
103	Simonsmeier, Isabell	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
104	Sperfeld, Franziska	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
105	Staab, Katharina	Geoökologin
106	Steinmüller, Hanna	Bündnis 90/ Die Grünen Berlin
107	Storni, Beate	-
108	Stragies, Sebastian	Berlin 21
109	Suka, Aferdita	Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof
110	Tidow, Stefan	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
111	Uhlig, Theresa	Albatros gGmbH
112	Velasquez, Monica	BUND Berlin e.V.
113	Wendenkampf, Oliver	Health and Environment Alliance (HEAL)
114	Wiartalla, Werner	Ufafabrik
115	Willerding, Ulrike	Stiftung Naturschutz Berlin
116	Willsch, Claudia	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
117	Wolfsturm, Annabelle	Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof
118	Wosnitza, Regine	Interessengemeinschaft Potsdamer Straße
119	Yamaguchi-Essig, Yoshimi	-
120	Yosifova, Evgenia	HafenCity Universität Hamburg
121	Zipf, Markus	Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
122	Zschiesche, Michael, Dr.	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)
123	Zurek, Karin	Bezirksamt Lichtenberg